



### Erwachsenenbildung gesetzlich gestärkt

Mit dem veränderten Erwachsenenbildungsgesetz, das der Landtag am 8. Dezember beschlossen hat, stärkt Rot-Rot-Grün die Träger der Thüringer Erwachsenenbildung. Das Gesetz regelt die Aufgabenverteilung zwischen Volkshochschulen und Freien Trägern in der Alphabetisierungsarbeit und schreibt mit der Inklusionsförderung, mit Integration und dem Angebot von Bildungsberatung neue Aufgaben für die Erwachsenenbildung fest.

Ab 2018 erhalten alle Einrichtungen mehr Geld für eine vernünftige organisatorische Grundausstattung, die durch die Kürzungen der CDU 2005 verloren gegangen war. „Mit der Aufstockung der Mittel um ca. 1,4 Millionen Euro wird die Koalition der wachsenden Bedeutung lebenslanger Bildung gerecht, die allen Menschen offenstehen soll, um sie in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung vielfältig zu unterstützen“, so der Abgeordnete der Linksfraktion Christian Schaft. „Wir haben die kritischen Anregungen aus der Anhörung zum Gesetzentwurf ernst genommen und eine Reihe weiterer Verbesserungen vorgenommen. Wir bedanken uns für die Mitarbeit von Trägern, Wissenschaftlern und Gewerkschaften. Für uns ist das Gesetz aber auch eine Hausaufgabe. Denn nur, wenn wir mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 die Mittel auch wirklich zur Verfügung stellen, werden wir unserem gemeinsamen Anspruch gerecht werden, die Erwachsenenbildung und ihre Aufgaben absichern zu können.“ ■

## Bei der Rente brauchen wir den Weg zurück zu 53 Prozent

**Es war die LINKE, die jetzt mit ihrer Aktuellen Stunde das Thema „Durch angemessene Rente Altersarmut in Thüringen verhindern“ auf die Tagesordnung der Landtagssitzung gesetzt hatte. Bürgerinnen und Bürger verweisen „auf die Diskussionen, die aus Berlin kommen, und auf den nahenden Bundestagswahlkampf. Da wird zugesagt, die Steuern nicht zu erhöhen und an der Rentenschraube doch etwas zu schrauben, und Frau Nahles legt ihr Konzept vor, dass sie das durchschnittliche Rentenniveau bei 46 Prozent als untere Sicherungslinie stabilisieren will“, so Karola Stange, Abgeordnete der Linksfraktion.**

Die 46 Prozent hätten allerdings nichts mit Armutsverhinderung zu tun, „sondern sind nach Auffassung der Linken Armutsverstärkung. Hier helfen uns nicht rote Haltetlinien, sondern wir brauchen den Weg zurück zu 53 Prozent“, betonte die sozialpolitische Sprecherin in der Debatte am 7. Dezember. Es gibt in Thüringen rund 560.000 Bezieher von Altersrente. Mehr als 65.000 Menschen bekommen Erwerbsminderungsrente, circa 16.500 Menschen bekamen am 31.12.2015 Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung. „Die Zahlen belegen auch, im Jahr 2014 gab es in Thüringen 21.600 Personen, die über das 65. Lebensjahr hinaus gearbeitet haben. Zwischen dem 65. und 70. Lebensjahr war es jeder Zehnte, der zur Rente dazuverdient hat“, so Karola Stange.

Die LINKE fordere auch die Thüringer Landesregierung ganz explizit auf, sich im Bundesrat in den nächsten Jahren beim Thema Rente stark zu machen. „Wir brauchen eine Anhebung des Rentenniveaus, damit man wirklich im Alter von der Rente leben kann, wir stehen dafür, dass die Kürzungsfaktoren in der Berechnungsformel bei der Rente endlich wieder aufgehoben werden. Ost- und Westrenten müssen in einem fairen Verfahren angeglichen werden. Wir brauchen eine Mindestrente von 1.050 Euro sowie einen Mindestlohn von 12 Euro, um dahin zu kommen“, unterstrich die Abgeordnete.

**„Dann hätten wir auch vollere Rentenkassen“**

Weitere Punkte, die von der LINKE in diesem Zusammenhang immer wieder angemahnt werden, sind der im Einigungsvertrag verankerte Bestands- und Vertrauensschutz sowie ein wirksamer Inflationsausgleich für Renten. Statt einer zusätzlichen „Riesterrente“, ungesichert auf dem freien Kapitalmarkt, müssen Möglichkeiten der freiwilligen Zusatzversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung geschaffen werden. Solche alternativen Modelle hatten die gesetzlichen Sozialversicherungen im Streit um die Riesterrente entwickelt. Sie hatten aber gegen Lobbyisten der privaten

Versicherungswirtschaft den Kürzeren gezogen. Die Rentenversicherung hat in Wirklichkeit kein „demografisches“ Problem, sondern das Problem des jahrzehntelangen neoliberalen Raubbaus. Millionen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, vor allem Vollzeit, unbefristet und tarifgebunden, wurden in Deutschland abgeschafft. Entstanden sind oft Mini- und Ein-Euro-Jobs mit großen Ausfällen bei den Sozialversicherungsbeiträgen.

Beschäftigtengruppen wie Beamte, Selbständige, Freiberufler, ja auch Abgeordnete, müssen in die gesetzliche Rentenversicherung eingegliedert werden. „Dann hätten wir auch vollere Rentenkassen“, wie es Karola Stange auf den Punkt gebracht hatte.

Das Solidarprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet: die Arbeitgeberseite muss sich mit einem vergleichbar starken Anteil an der Finanzierung der gesetzlichen Renten beteiligen. Da heute die Profite der Unternehmen nicht mehr an der Zahl der Beschäftigten hängen, müssen alternative Beitrags-Modelle für die Arbeitgeberseite entwickelt werden. Eine „Wertschöpfungsabgabe“ kann hier ein Ansatzpunkt sein.

Der gesetzliche Finanz-Zuschuss aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung muss wieder erhöht werden. Bei erhöhten Steuereinnahmen des Bundes ist das eine realistische Forderung. ■

### „Heißer Tee gegen soziale Kälte“

Nach den aktuellen Zahlen der Landesarbeitsagentur ist der Arbeitsmarkt in Thüringen stabil und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise gering. „Damit steht Thüringen im Ländervergleich stabil an der ostdeutschen Spitze sowie bundesweit noch vor den westdeutschen Ländern Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und dem Saarland“, sagte Ina Leukefeld, Arbeitspolitikerin der Linksfraktion. „Erfreulich ist ebenfalls, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresvergleich um 3.100 auf nunmehr 25.900 gesunken ist, trotz eines Anstiegs von arbeitslos gemeldeten ausländischen Arbeitnehmern. Das ist auch ein Ergebnis der intensiven arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Thüringer Landesregierung.“

Ina Leukefeld macht jedoch darauf aufmerksam, dass die finanzielle Situation für Hartz-IV-Empfänger immer schlechter wird und sich fast jeder dritte Arbeitslose Dinge des täglichen Lebens nicht mehr leisten kann.

„Die Zahl ist ansteigend. Hinzu kommt, dass mit der Änderung des SGB II die bisher möglichen kleinen Darlehen an Bedürftige in schwierigen Situationen auf 100 Euro begrenzt wurden, die im nächsten Monat wieder vom Arbeitslosengeld II einbehalten werden. Das bringt viele Betroffene zur Verzweiflung, wie am Runden Tisch der Sozialen Verantwortung erneut zum Ausdruck gebracht wurde“, so die Abgeordnete weiter. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt deshalb die Initiative von Er-



werbslosengruppen, die zu Aktionen aufrufen unter dem Motto „Heißer Tee gegen soziale Kälte!“ am 16. Dezember in verschiedenen Städten Thüringens, so in Suhl und Gera.

„Herz statt Hetze! Nicht ausgrenzen, sondern solidarisieren und Hilfe leisten! Das sollen unsere Botschaften nicht nur in der Adventszeit sein“, betonte Ina Leukefeld.

Die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE) sieht eine dreifache Herausforderung: „Erwerbslose qualifizieren, Geflüchtete

in Ausbildung und Arbeit bringen und Thüringen als Arbeitsstandort für Menschen aus dem In- und Ausland attraktiver machen – diese drei Dinge geht die Landesregierung an.“

Alle Aktivitäten zur Fachkräftesicherung werden in der „Allianz für Fachkräftesicherung und Qualifizierung“ gebündelt, die die Ministerin im vergangenen Jahr ins Leben gerufen hat. Partner der Allianz sind unter anderem Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kammern sowie die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. ■